

„Teltower Kreisblatt“ erscheint wöchentlich. Bezugspreis monatlich RM. 1,85 einchl. 2 Pf. Postenlohn; durch die Post monatlich RM. 1,90 (einchl. 2 Pf. Postenlohn) zugunlich 30 Pf. Beleggeld. — Bestellungen bei den Postämtern, Briefkästern und unseren Nebenstellen im Freie.



Angelager 11, Postfach 19. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 35, Köpenickerstr. 87. — Fernruf: 22 03 71. Postkonto: Postfachkonto Berlin Nr. 249 10. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Reiches Berlin. — Berlin SW 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Görlitz.

Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow * Amtliches Verkündungsblatt der Kreisverwaltung Teltow

Tschechische Gewaltpolitik sabotiert den Frieden

Die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in der Tschechoslowakei verfügt

Prag, 8. Juni. Nach einer Meldung sämtlicher der Prager Regierung nachfolgender Abendblätter vom 8. Juni wurde die Militärdienstzeit in der Tschechoslowakei von zwei auf drei Jahre verlängert.

Die dreijährige Dienstzeit wird auch schon auf den Jahrgang ausgedehnt, der im September d. J. abtreten sollte. Lediglich für die Absolventen der Mittelschule und Schulen im Mittelschulrang (höhere Schulen) wird nach den vorläufigen Dispositionen die bisherige Dienstzeit von zwei Jahren aufrechterhalten bleiben. Im übrigen ist der Wehrdienst gemäß der dreijährigen Dienstzeit zu erreichen, werden jene Reservisten, die am 19. Mai d. J. unter Waffen gerufen worden sind, bis zum 30. Juni im Militärdienst bleiben. Am 1. Juli wird der erste Jahrgang der Wehrer, der voriges Jahr entlassen wurde, einberufen, der dann bis zum 30. September dienen soll, wo er dann von den zum aktiven Dienst einrückenden Rekruten abgelöst wird.

Wer bezahlt die dreijährige Dienstzeit?

Prag, 8. Juni. Die Einführung der dreijährigen Dienstzeit wird von tschechischer Seite als „vorübergehende Maßnahme“ hingestellt, die durch „die internationale Spannung“ hervorgerufen worden sei. Die Tschechoslowakei sei zu dieser Vorkehrung gezwungen, um sich eine genügende Zahl von waffenfähigen Soldaten zu sichern.

Diese ungewöhnlichen militärischen Maßnahmen bringen selbstverständlich eine ungewöhnliche Belastung des Staatshaushalts, und jedermann fragt sich, wie diese weitere Erhöhung der an sich schon riesigen Summe für Heereszwecke aufgebracht werden soll. Von tschechischer Seite wird dazu erklärt, die hohen Kosten dieser militärischen Vorkehrungen würden teils durch Ersparnisse in anderen Ressorts, teils durch Kreditmaßnahmen gedeckt werden, zu denen der Finanzminister ermächtigt werde. Prager Abendblätter machen darüber hinaus, daß zur Deckung dieser Kosten eine „Sammlung“ veranstaltet werden wird, d. h. also, daß der gesamten Bevölkerung auch auf diesem unmitttelbaren Wege diese ungeheuren finanziellen Kosten aufgebürdet werden sollen. Der Veranstalter dieser „Sammlung“ werde ein Komitee sein, das vom Gouverneur der Tschechischen Nationalbank, Englis, geleitet wird. Das Komitee wird sich wahrscheinlich schon Sonntag mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit wenden.

Subsudetendeutsches Memorandum an Hodscha: Prag soll endlich Farbe bekennen!

Prag, 8. Juni. Das Presseamt der Subsudetendeutschen Partei teilt mit: Abgeordneter Kundt übermittelte dem Ministerpräsidenten Dr. Hodscha ein Memorandum, das die Zusammenfassung der subsudetendeutschen Forderungen auf Grundlage der acht Karlsbader Punkte Konrad Henleins enthält. In einem Begleitbrief macht der Abgeordnete Kundt neuerlich darauf aufmerksam, daß gewisse erwiderte Informationen und Interviews des Nationalitätenstatut der Regierung wäre. Die Subsudetendeutsche Partei müsse nun endlich vor Beginn grundsätzlicher Verhandlungen Klarheit darüber verlangen, ob, wie bisher, die Grundzüge und Vorzüge der Subsudetendeutschen Partei die Gesprächsgrundlage bilden sollen, oder ob von der Regierung das sogenannte Nationalitätenstatut als Verhandlungsgrundlage gebildet ist. Für den letzten Fall behalte sich die Subsudetendeutsche Partei ihre Stellungnahme vor, da ihr der Inhalt des Statuts nicht bekannt sei.

Die Unterdrückung der Ungarn in der Tschechoslowakei

Rom, 8. Juni. Der Abgeordnete Csete hazu von der vereinigten ungarischen Opposition in der Tschechoslowakei gab dem Vertreter der Allgemeine Stefani einige Erklärungen ab. Er betonte einmütig, daß die starke Sympathie die Rundgebung der slowakischen Nationalisten bei den Ungarn ausgelöst habe. Diese Rundgebung beweise, daß die Tschechoslowakei kein Nationalstaat, wie die Prager Regierung jedem einreden wolle, sondern das Mutterbeispiel eines Nationalitätenstaates sei, in dem die Nationalitäten mehr oder weniger oder sogar gar keine Rechte, wohl aber alle Pflichten hätten. Die Ungarn in der Tschechoslowakei seien eine unterdrückte

Minderheit. Sie verlangten ihre Rechte. Prag treibe gegen die Minderheiten eine englische Politik. Die ungarische Minderheit sei bereit, den Slowaken in ihrem Kampf um die Gerechtigkeit beizustehen. Bei den Ungarn handle es sich in der Slowakei keineswegs um eine Minderheit. In der Slowakei bildeten Slowaken und Ungarn die Mehrheit, während die Minderheit aus Tschechen bestesse.

Grundlagen der Tschechen-Herrschaft in der Slowakei zusammengebrochen

Budapest, 8. Juni. Die ungarische Presse stellt heute auf der ganzen Linie einmütig fest, daß durch den Beschluß der Preßburger Slowaken-Autonomiekommission die Grundlagen der tschechischen Herrschaft in der Slowakei zusammengebrochen seien.

Das führende Regierungsblatt „Híradó“ betont, daß der tiefe Abgrund zwischen Tschechen und Slowaken mit der Preßburger Rundgebung offensichtlich geworden sei. Im Slowakentum reize die Überzeugung der engen Gemeinschaft mit dem ungarischen Volk.

Der nationalpolitische Reichstagsabgeordnete Dr. Rajniš schreibt in „Magyar Szó“, mit der Preßburger Rundgebung sei eine völlig neue Lage entstanden. Der rote und rötliche Prager Kommunismus sei unvereinbar mit dem bisphärischen Ordnungssinn der Subsudetendeutschen, der tiefen Religiosität der Slowaken, der tausendjährigen Staatspolitik der Ungarn, mit dem unentwegten Seimweg der Polen und dem zähen Selbständigkeitsstreben der Ruthenen.



Nielsenfamilie des Pittsburgers Vertrages in Preßburg. Rund 100 000 Slowaken nahmen an der Nielsenkundgebung in Preßburg teil, bei der in eindrucksvoller Weise die Autonomieforderung der Slowaken erhoben wurde. Die von einer amerikanischen Slowakenabordnung überbrachte Urkunde des berühmten Pittsburgers Vertrages wurde in einer photographischen Großkopie ausgestellt, so daß sich jeder davon überzeugen konnte, daß den Slowaken durch Mafarky vor zwanzig Jahren die Autonomie versprochen worden war. (Scherl-Wilderdienst-M.)

Viktor Emanuel III. am Grab der Eltern des Duce

Rom, 8. Juni. Viktor Emanuel III. hat am Mittwoch nachmittag von Rom aus den Geburtsort Mussolinis, Predappio, aufgesucht, wo er das Geburtshaus des Duce besichtigte und am Grab der Eltern des italienischen Regierungschefs einen Vorbesuch niederlegte. Von Predappio aus hat sich der König und Kaiser nach Rocca delle Caminate, dem Sommeritz Mussolinis, begeben, wo er dem Duce einen Besuch abstattete.

Prags Politik der Bajonette

Die tschechische Regierung hat ohne Befragen des Parlaments mit sofortiger Wirkung die dreijährige Dienstzeit eingeführt. Durch diese Maßnahme wird vom 1. Juli 1938 ab die Präsenzstärke des tschechischen Heeres 210 000 Mann betragen. Die tschechische Krise erfährt somit eine weitere gefährliche Spannung. Die tschechischen Machthaber, an ihrer Spitze Beneš, Hodscha und Krotka, im Verein mit dem Armeegeneral Štrobav, dem Ziska von heute, dem Generalkommandant Krejci und dem Landeskommandant Bojcechowski, denken nicht daran, die lebensgefährliche Krise des tschechoslowakischen Staates im Geiste der Verfassung auf Grund der realpolitischen Verhältnisse aus der Welt zu schaffen, sondern mit den brutalen Mitteln der Gewalt im Sinne eines Ziska und der Protos. Wie grausam Tschechen sein können, lehren die Sultantentriege des 15. Jahrhunderts. Saajien, Thüringen und Franken hatten unter den Nordbreiternmethoden dieser fogen. Gotteskrieger entsetzlich viel zu leiden.

Selbst ein politisch wenig geschulter Mensch Europas empfindet die beängstigende Tatsache, daß alle Anliegerstaaten der tschechoslowakischen Republik tief mit dem Dasein dieses sonderbaren Staates verflochten sind. Die Prager Diktatur will mit allen Mitteln der Gewalt das unheimliche Nationalitätengebilde, wie es in Versailles aus der Taufe gehoben wurde, aufrechterhalten. Sie mißachtet die Gesetze des Blutes, den Volksgruppen der Deutschen, Slowaken, Magyaren, Polen und Karpatenrussen wird ein Eigenleben abgesprochen oder äußerlich nur insofern zugestanden, als der tschechische Staat es für angebracht hält. Wie unduldsam das Tschechentum ist, lehrt beispielsweise der sinnlose Haß vieler Tschechen gegen die weißen Strömungen der Subsudetendeutschen. Es fragt sich nun, welcher Kampffaktor hat in der tschechischen Staatskrise den längeren Atem und die härteren Nerven. Aus französischen Quellen weiß man, daß der tschechische Staatspräsident Beneš die Auffassung vertritt: Die Subsudetendeutschen sind ihr armer Teufel, die Zeit wird nicht allzufern sein, daß sie im tschechischen Staatsvolk aufgehen. Der zwanzigjährige Kampf gegen die tschechoslowakische Republik sowie der starke, einseitige Zusammenschluß der Subsudetendeutschen unter der Führung Konrad Henleins sollte einem Staatsüberhaupt wie dem Demokraten Beneš die Überzeugung beigebracht haben, daß die Subsudetendeutschen härter denn je ihr Volkstum verteidigen und unter feinsten Umständen gewillt sind, auf Autonomie zu verzichten. Die gleiche Entschlossenheit offenbaren die Slowaken unter der Führung Vater Hlinkas, ferner die Madjaren und die Polen. Die Geschichte lehrt, daß Völker und Volksgruppen stets einen längeren Atem haben als brutale Machthaber, mögen diese auch über außerordentliche Kraftquellen verfügen. Sogar das mächtige britische Reich mußte angesichts des viele Jahre dauern und äußerst verblüffend verlaufenen irischen Freiheitskampfes klein beigeben und Irland die Autonomie gewähren. Dabei sind die Iren zur Zahl viel geringer als die Subsudetendeutschen. Die tschechischen Staatsführer verweigern nun durch die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht die Krise der Republik, anstatt die Krisenzustände zu beseitigen, indem man jeder Volksgruppe die ihr gebührende Autonomie gibt. Es wird ein innerpolitischer Kampf des Tschechentums mit allen Volksgruppen der Republik anheben, der gewiß viele Opfer fordert. Mitteleuropa aber dürfte zu einem Unruheherd sich erweitern, der den Frieden aufs ernsteste gefährdet.

Der europäische Kontinent blüht auf London, das sich angesichts des Ausbrechens der tschechischen Krise gegen eine weitere Ausbreitung einsetzte, allerdings in feineswegs einwandfreier Weise. Man muß sogar der Regierung Chamberlain den Vorwurf machen, daß sie durch ihre Bemühtigkeit die Prager Regierung in ihrer Halskarrigkeit und Gewaltpolitik bestärkte. Die Maßnahme der dreijährigen Dienstzeit liegt ganz in der gleichen Richtung. Nach schweigt London. Das übliche englische Rezept aber: wart und see, warten und sehen, ist jedoch angesichts der brutalen tschechischen Gewaltpolitik von Uebel, da plötzliche Explosionen und Überreaktionen unberechenbarer Art die nicht ausgeschlossen sind. Man denke nur an Moskau, von dem Prager sagt: Dieser Bruder hilft uns.

Geburtstagsgehungen für den Reichspostminister

Berlin, 8. Juni. Der Führer und Reichszankler hat Reichspostminister Dr. Fig. e. h. Dohneforge zur Vollendung des 66. Lebensjahres telegraphisch seinen Glückwunsch ausgesprochen.